



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn
Oberbürgermeister
Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Johannes-Rau-Platz 1
42279 Wuppertal*

Es informiert Sie Gisela Neuland-Kreuz
Anschrift Rathaus Barmen
 42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563-5725
E-Mail neuland-kreuz@afd-wuppertal.de
Datum 28.03.2022
Drucks. Nr. **VO/0388/22**
 öffentlich

Große Anfrage

Zur Sitzung am Gremium
05.04.2022 **Rat der Stadt Wuppertal**

Vorsorgemaßnahmen der Stadt Wuppertal für den Fall eines Blackouts Große Anfrage der AfD-Fraktion vom 28.03.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Energiewende verursacht einen umfassenden Umbau der Stromversorgung. Dazu gehört der schrittweise Ersatz großer, stetig der Nachfrage anpassbarer zentraler Stromerzeuger (konventionelle Kraftwerke) durch viele dezentrale Stromerzeuger, deren Produktion der Verfügbarkeit von Wind und Sonne unterliegt. Als eine Folge dieser Entwicklung steigt die Instabilität des Netzes dramatisch an. Das führte bislang deswegen nicht zu großflächigen Abschaltungen (Brownouts) oder großflächigen automatischen Abwürfen (Blackouts), weil die Netzbetreiber in Zusammenarbeit mit den Versorgern in bisher nie dagewesenem Ausmaß ein aktives und vorbeugendes Netzmanagement betreiben. Auf Dauer wird das jedoch nicht verhindern, dass es trotzdem zu großflächigen Blackouts oder Brownouts kommen kann. Mit jeder Windkraftanlage und jeder Photovoltaikanlage steigt dafür die Wahrscheinlichkeit. Am 8. Januar 2021 war es fast soweit.

Unabhängig davon gibt es noch weitere Gefahren für die Stabilität unseres Stromnetzes. Zu diesen gehören bspw. Cyberangriffe, menschliches Versagen, Sonnenstürme, Umweltkatastrophen und letztendlich auch Kriegsgefahren. So unwahrscheinlich uns diese potenziellen Ursachen auch momentan noch erscheinen mögen – sie sind trotzdem real und ihre Auswirkungen wären bei der weit fortgeschrittenen Elektrifizierung unserer Lebenswelt verheerend.

Die damit verbundenen Gefahren sind auch der Bundespolitik bekannt. Daher erstellte der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung schon im Jahr 2011 einen umfassenden Bericht mit dem Titel „Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften – am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung“. Der Bericht zeigt in aller Deutlichkeit die gewaltigen Herausforderungen im Zusammenhang mit unserer Stromversorgung und blieb von der Öffentlichkeit dennoch weitgehend unbeachtet. Ebenso unterblieb die Übung eines Ernstfalles.

Ohne die im o.g. Bericht aufgeführten Gefahren und Phänomene im Einzelnen alle aufzählen zu wollen, lässt sich summarisch feststellen, dass ein flächendeckender Blackout/Brownout immer wahrscheinlicher wird. Die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger wären katastrophal.

Hier einige Beispiele:

SOFORT:

- Es erlöschen alle Verkehrsampeln und Leiteinrichtungen mit der Folge von massenhaften Verkehrsunfällen.
- Tausende Menschen stecken in Fahrstühlen fest.
- Fernzüge stoppen auf freier Strecke und in Tunneln, ebenso wie U-Bahnen und Straßenbahnen.
- Elektrische Beleuchtung erlischt – Straßen und Gebäude sind nachts völlig dunkel, Plünderungen könnten die Folge sein.
- Fernseher und Radios verstummen, die Bevölkerung kann nicht informiert werden.
- Zur Funktion der Kommunikationsnetze sagt die Broschüre „Stromausfall“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: „Im Fall eines Stromausfalls wird mit einigen Stunden Verzögerung das Telefon-Festnetz nicht mehr zur Verfügung stehen. (...) Die Mobilfunknetze sind zum Teil nicht notstromversorgt.“
- Mit dem Ausfall der Telekommunikation bricht auch das Internet zusammen, Rettungsdienste können nicht mehr verständigt werden.
- Die Umwälzpumpen der Heizungen haben ihren Dienst eingestellt – in den Wohnungen wird es kalt.
- Tankstellen können keinen Kraftstoff mehr abgeben – das Aufladen von Elektroautos ist unmöglich.
- In den Supermärkten und vielen anderen Geschäften muss der Verkauf eingestellt werden, weil Scanner und Registrierkassen außer Funktion sind.
- An Geldautomaten kann kein Geld mehr abgehoben werden.

Nach 2-3 Tagen:

- ÖPNV und Individualverkehr sind zum Erliegen gekommen.
- In vielen Orten wird das Trinkwasser knapp.
- Krankenhäuser können ihren Betrieb nur noch bedingt aufrechterhalten, auch deswegen, weil ihnen der Kraftstoff für die Notstromaggregate ausgeht.
- Die Entsorgung von Abwasser und Fäkalien funktioniert vielerorts nicht mehr.
- Lebensmittel werden knapp.

- Fast alle Arztpraxen, Apotheken oder Dialysezentren sind ohne Strom nicht arbeitsfähig.
- Die Aufbewahrung von Verstorbenen in Kühlräumen ist nicht mehr möglich.

All dies vorangestellt und mit Bezug auf den WZ-Artikel vom 03.03.2022 „Was in Wuppertal passiert, wenn flächendeckend der Strom ausfällt“ stellen wir folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Wie ist die momentane Situation bzgl. der Notstromaggregate für Feuer- und Rettungswachen? Obwohl schon 2016 vom Rat beschlossen, wurde im Artikel die äußerst langsame Umsetzung der „Sofortmaßnahme“ beklagt. Gibt es hier Fortschritte zu verzeichnen?
2. Des Weiteren war im WZ-Artikel zu lesen, dass eine Stabsstelle eingerichtet wurde, die sich aufgrund umfassender Analysen um Notfallpläne kümmern wollte. Was kann zu den Ergebnissen der Analysen gesagt werden – und wie weit sind die Notfallpläne bereits konkretisiert, um auf Stromausfälle verschiedenster Ursachen zu reagieren? Gibt es hier Priorisierungen – wenn ja, in welcher Form?
3. Notstromaggregate in dieser Größenordnung brauchen enorme Kraftstoffreserven. Inwieweit hat man hier vorgesorgt, d.h. wie hoch sind die Kraftstoffreserven und für welchen Zeitraum würden sie ausreichen? Gibt es eine Koordination von Kliniken?
4. Hat es bzgl. dieses Szenarios Planspiele, Übungen oder Simulationen gegeben? Wenn ja, wie sahen diese aus – wenn nein: sind diese in Zukunft geplant?
5. Auf all diese Szenarien wird der überwiegende Teil der Bevölkerung nicht vorbereitet sein. Wie sieht hier die Informationspolitik der Stadt aus: in welcher Weise werden die Bürger **vorher** auf mögliche Szenarien vorbereitet – mit entsprechenden Handlungsanleitungen – und auf welchen Kanälen will man die Bürger **während** eines Blackouts erreichen?
6. All diese Maßnahmen erfordern weitere Mittel für die Haushaltsplanungen. Sind diese bereits miteinbezogen bzw. in welcher annähernden Höhe werden sie für die kommende Planung berücksichtigt?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. H. Beucker
Stadtverordneter

G. Neuland-Kreuz
Stadtverordnete

M. Liedtke-B.
Stadtverordneter

C. Bötte
Stadtverordnete